

# „Gelbe Seiten“ nun landesweit

## Liebe Parteifreunde!

*Mit der Gründung des Landesverbandes der CDU Nordrhein-Westfalen haben wir unsere politischen und personellen Kräfte zusammengefaßt und auf ein neues, breites Fundament gestellt. So wie im Bewußtsein der Bürger das Rheinland und Westfalen-Lippe zum Bundesland Nordrhein-Westfalen zusammen gewachsen sind, ist auch die Partei zusammengewachsen.*

*Entsprechend diesem breiten Fundament wollen wir nun für alle Mitglieder der CDU, die auf den verschiedenen Ebenen der Partei wichtige Funktionen erfüllen, die innerparteiliche Information gestalten. Der regionale Teil des bewährten Informationsinstruments „UiD“ wird deshalb unter der neuen Überschrift „CDU Nordrhein-Westfalen“ erscheinen und in wöchentlichem Turnus rund 3200 Funktionsträger der CDU im Lande erreichen. In ähnlicher Weise wird auch ein nordrhein-westfälischer Teil im „Deutschen Monatsblatt“ gestaltet, um in Zukunft alle Mitglieder landesweit zu informieren.*

*Der kommende Bundesparteitag wird die CDU Nordrhein-Westfalen in der Satzung der Bundespartei verankern und damit rechtlich bestätigen. Die acht Bezirke der CDU NRW sind gegründet und personell besetzt. Zahlreiche Vereinigungen und Gruppierungen der Partei haben die landesweite Fusion vollzogen. Andere — so die Frauenvereinigung, die Mittelstandsvereinigung, die Junge Union — bereiten ihren Zusammenschluß vor. Über diese Vorgänge wird „UiD“ informieren. Vor allem aber sollen die politischen Initiativen der Partei und der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag auf diese Weise möglichst schnell den Funktionsträgern der Partei bekanntgegeben werden.*

*Die gelben Seiten des CDU-Informationsdienstes „Union in Deutschland“ sind in diesem Sinne uns allen nützlich, damit wir uns auf Landesebene besser kennenlernen und effektiver zusammenarbeiten können.*

**Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf**  
Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

**Dieter Pützhofen**  
1. stellv. Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

# Landesparteitag in Münster

## Der 2. Landesparteitag der CDU

**Nordrhein-Westfalen wird für den 8. November 1986 nach Münster einberufen. Es ist zu erwarten, daß der Bundesparteitag in Mainz einem Antrag der CDU Nordrhein-Westfalen folgt und die neue Landespartei im Bundesstatut verankert. Entsprechend wird der 2. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen zugleich der konstituierende Landesparteitag sein.**

Die Tagesordnung des Landesparteitages in Münster wird voraussichtlich so aussehen:

1. Beschlüsse zur Konstituierung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

2. Wahl des Landesparteigerichts NRW
3. Wahl der NRW-Delegierten zum Bundesausschuß der CDU
4. Wahl der nach § 25 Landessatzung vom Landesparteitag zu wählenden Delegierten zum Bundesparteitag der CDU
5. Wahl von Rechnungsprüfern
6. Beschlusfassung über die Höhe der von den Kreisverbänden an den Landesverband abzuführenden Beitragsanteile
7. Erklärung der nordrhein-westfälischen CDU zur Bundestagswahl.

Wir machen noch auf folgenden Termin aufmerksam: Antragsschluß für den Landesparteitag ist der 11. Oktober 1986 (Eingang bei der Landesgeschäftsstelle).

# Zukunft der Kernenergie

**Die Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen hat sich unter Vorsitz von Peter Jungen mit der weiteren Nutzung der Kernenergie befaßt und eine Stellungnahme zu diesem Thema verabschiedet, die wir hier im Wortlaut veröffentlichen:**

Zur weiteren Nutzung der Kernenergie

1. Eine humane Politik wird von der Sorge um die Chancengleichheit der Menschen bewegt. Sie zwingt zu einem umsichtigen Umgang mit den Rohstoffen der Erde. Sie trägt Verantwortung für die Menschen

- sowohl in technisch hoch entwickelten Ländern als auch in der Dritten Welt
- und für die Menschen kommender Generationen.

2. Die Diskussion über Für und Wider der Kernenergie ist moralisch legitim. Ebenso ist die Überwindung des Mangels in der Welt für alle eine ständige Verpflichtung. Der technische Fortschritt ist zu bejahren, wenn die damit verbundenen Risiken quantifizierbar und berechenbar sind.

3. Das Risiko von Unfällen, wie die in Harrisburgh und in Tschernobyl, ist nicht vertretbar. Deshalb gilt: Die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen der vorhandenen Kernkraftwerke sind fortlaufend zu gewährleisten und gegebenenfalls zu vervollständigen (Nachrüstungsgebot). Diese Bemühungen werden zu neuen Generationen von Kernkraftwerken führen.

4. Alle Maßnahmen und Kräfte sind zu bündeln, um auch international ein Höchstmaß an Sicherheit vorgeben zu können. Auf Sicht führt dies über einen Generationenwechsel zu Kernkraftwerken mit passiv-inhärenter Sicherheit.
5. Das weltweite Reaktorrisiko wird von Jahr zu Jahr verkleinert, je mehr Reaktoren mit passiv-inhärenter Sicherheit zugelassen und bestehende Kapazitäten gegebenenfalls nachgebessert oder gar stillgelegt werden.
6. Die Genehmigung neuer Kernkraftwerke setzt die Kenntnis des Schadenspotentials aller Stufen des jeweiligen Kernenergiesystems voraus, das damit verbunden ist. Das System mit dem geringsten Risiko hat Vorrang.

7. Die spezifischen Fragen der Kernenergie, des Reaktorbaus, ihrer Versicherbarkeit, der Strahlenhygiene und des Katastrophenschutzes sind in Bundeskompetenz zu regeln. Darüber hinaus sind internationale Absprachen, Regeln und Maßnahmen notwendig und in allen möglichen Bereichen zu fördern. Die gegenseitige Verständigung und Hilfe im Schadensfall muß in Zukunft gewährleistet sein.

Gleichzeitig hat die Wirtschaftsvereinigung eine Broschüre zum Thema „Kernkraft und Politik“ erstellt. Sie kann bei der Landesgeschäftsstelle der Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW, Wasserstraße 5, Postfach 20 02 80, 4000 Düsseldorf 1, Telefon (02 11) 13 60 00, angefordert werden.

## Antrag zum § 218

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Gütersloh, Hubert Doppmeier, MdL, kündigt für den Bundesparteitag im Oktober einen Antrag seines Kreisverbandes zum § 218 an. Doppmeier nimmt dazu wie folgt Stellung: „Angesichts von rund einer Viertelmillion jährlicher Abtreibungen wird der CDU-Kreisverband Gütersloh auf dem 34. Bundesparteitag in Mainz einen Antrag ‚Hilfe und Schutz für das ungeborene Kind‘ zur Diskussion und zur Abstimmung stellen. Nach wie vor werden mehr als 80 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche mit der sozialen Indikation begründet. Dieser außerordentlich starke Anteil der Notlagenindikation ist in hohem Maße bedrückend. Wenn materielle Gründe zur Tötung ungeborener Kinder führen, ist das die Bankrotterklärung unseres sozialen Gemeinwesens ... Es ist in höchstem Maße

inkonsistent, wenn z. B. zum Schutz von Umwelt und Tieren Strafgesetze geschaffen und verschärft werden und gleichzeitig das ungeborene Kind weitgehend schutzlos gestellt wird.“

## Grundrecht nach der Wahl ändern

In einem Gespräch mit der „Rheinischen Post“ nahm der Landtagsvizepräsident und Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU NRW, Dr. Hans-Ulrich Klose, unter anderem auch zur Asylfrage Stellung. Die Rheinische Post schreibt: „Landtagsvizepräsident Klose (CDU) hält eine Grundgesetzänderung zur Lösung des Asylanten-Problems für vernünftig und gerechtfertigt. In einem Gespräch mit der Rheinischen Post beziehete Klose jedoch, daß eine Neugestaltung von Artikel 16 des Grundgeset-

zes noch vor der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 zustandekommt.

Deshalb sei es jetzt vorrangig, daß gelende Asylrecht, einschließlich der Möglichkeit, nicht anerkannte Bewerber auszuweisen, konsequent anzuwenden. Klose, der auch Vorsitzender des evangelischen Arbeitskreises seiner Partei in Nordrhein-Westfalen ist, betonte im übrigen das Recht der Kirche, zu wichtigen politischen Fragen Stellung zu beziehen.“

### Tagung zur Sicherheitspolitik

Nach einem erfolgreichen Verlauf einer Fachtagung zur inneren Sicherheit lädt der Vorsitzende des sicherheitspolitischen Ausschusses der CDU Rheinland, Willy Wimmer, MdB, zu einer weiteren Fachtagung zum Thema „äußere Sicherheit“ ein. Sie findet am Freitag, 26. September 1986, 11 Uhr in Solingen-Widdert, Börsenstraße 109, in der Gaststätte Daniel Meis statt. Nach einem Grußwort des Vorsitzenden der CDU Rheinland, Dieter Pützhofen, referieren der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Altenburg, Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen aus dem Auswärtigen Amt, Staatssekretär Professor Dr. Manfred Timmermann aus dem Bundesministerium für Verteidigung.

### Rolf Klein †

Am 25. August starb Rechtsanwalt Rolf Klein, Münster, im Alter von 44 Jahren. Von 1975 bis 1985 gehörte Rolf Klein der CDU-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtages an und stand darüber hinaus in zahlreichen Aufgaben mit großem Einsatz für die CDU ein. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Bernhard Worms würdigte in einem Nachruf Rolf Kleins Tätigkeit. In dem Nachruf heißt es unter anderem: „10 Jahre hat sich Rolf Klein mit seiner ganzen Kraft für die ihm von der Fraktion übertragenen Aufgaben vorbildlich eingesetzt. Er gehörte dem Ausschuß für Innere Verwaltung, dem Justizausschuß und dem Wahlprüfungsausschuß als ordentliches Mitglied an; im Rechnungsprüfungsausschuß und im Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung sowie im Hauptausschuß und im Ausschuß für Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge war er stellvertretendes Mitglied. Darüber hinaus arbeitete er als ordentliches Mitglied in der Arbeitsgruppe Gnadenwesen im Justizausschuß und im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß betr. die Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft und im Untersuchungsausschuß ‚Klinikum Aachen‘.“